

»Grobes Unrecht zum Schaden der Demokratie«

Opfer der Berufsverbote in der BRD verlangen Rehabilitierung und Aufarbeitung. Ein Gespräch mit Cornelia Booß-Ziegling

Gitta Düperthal

Cornelia Booß-Ziegling ist gelernte Realschullehrerin. 1978 erhielt sie Berufsverbot

Die niedersächsischen Landtagsfraktionen von SPD und Grünen fordern, Berufsverbote aufzuarbeiten und die Rehabilitierung der Betroffenen in die Wege zu leiten. In Niedersachsen gibt es rund 130. Was haben Sie persönlich in der Vergangenheit erleben müssen?

Vom Berufsverbot betroffen war ich erstmals 1974, nach meinem Staatsexamen für das Lehramt und dem Referendardienst. Der Verfassungsschutz legte mir sogenannte »Erkenntnisse« vor. Bei einer ersten Anhörung der Bezirksregierung in Detmold wurde mir meine Mitgliedschaft in einer Hochschulgruppe der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft an der Universität Bonn vorgeworfen, meine Kandidatur zu diversen Gremien der Universität Bielefeld für den MSB Spartakus und zum Bielefelder Stadtrat für die DKP. Diverse Verhöre führten dazu, daß ich nicht im öffentlichen Schuldienst eingestellt wurde. Nach Meinung der entsprechenden Instanzen bot ich keine Gewähr, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten. Ich habe dagegen geklagt: vor dem Verwaltungsgericht, Obergericht, Bundesverwaltungsgericht. Obgleich ich Zeugnisse hatte vorweisen können – über meine Person, meine Qualifikation, meine Arbeit an der Universität Bielefeld – und sich deren Rektor für mich eingesetzt hatte: Ich habe alle Prozesse verloren.

Waren Sie arbeitslos?

Ja. Als »Verfassungsfeindin« war es schwierig, einen Job zu finden. Erst hatte ich mich mit Nachhilfejobs durchgeschlagen. Danach als Sekretärin bei der Colonia-Versicherung und als Fremdsprachenkorrespondentin bei der Gildemeister-Projecta GmbH. Als es anlässlich der Gerichtsverfahren eine Öffentlichkeitskampagne um das Berufsverbot gab sowie Presseberichte, hat man mich dort rausgeschmissen. Nebenbei erwähnt: Die Firma Gildemeister-Projecta, die mich gleich in der Probezeit gefeuert hatte, war später im Gespräch wegen des Exportierens von Giftgasanlagen in den Irak.

Wie hat der sogenannte Radikalenerlaß Ihr Leben noch negativ beeinflusst?

Ich habe Glück gehabt: In Hannover bekam ich eine Stelle in einem Suchthilfeprojekt bei einem privaten Träger, unabhängig von öffentlichen Geldern. Trotzdem, die Bilanz des materiellen Schadens durch das Berufsverbot: Drei Jahre nicht berufstätig, 35 Jahre bei

geringerer Bezahlung und höherer Belastung in der Krankenversicherung als im öffentlichen Schuldienst, Einbußen bei der Rente.

Hat der Verfassungsschutz Sie bespitzelt?

Bei der ersten Anhörung im Rahmen des Berufsverbots wurde mir ein Ordner mit gesammelten Daten vorgelegt: Flugblätter, die ich unterschrieben hatte oder Fachschaftsunterlagen meines Mathematikstudiums, woraus Zweifel an meiner Verfassungstreue herbeizitiert wurden. Eine Gruppe von Betroffenen hat Anfragen beim Verfassungsschutz in Niedersachsen, beim Bundesarchiv und dem militärischen Abschirmdienst gestellt: Bei vielen sind die Akten plötzlich verschwunden. »Keine Unterlagen, nichts gespeichert«, hieß es. All das, was meine Existenzgrundlage zerstört hatte, gibt es nicht mehr.

Statt Zivilcourage und politisches Engagement zu fördern, wurde Duckmäusertum erzeugt. Wie haben Sie das erlebt?

Zum Beispiel wollte jemand nicht mit mir in der Mensa der Uni beim Mittagessen gesehen werden, weil er sich dort beworben hatte. Angehende Lehrerinnen und Lehrer hatten sich kaum mehr kritisch zu Wort gemeldet. Es gab aber auch Solidarität: Einige Sozialdemokraten und ein Bischof haben mich unterstützt und jener Rektor der Bielefelder Uni.

Gab es drastischere Fälle?

Ja, ein Betroffener mit antimilitaristischer Gesinnung hat nach seinem Berufsverbot keine halbwegs adäquate Stelle gefunden. Im Alter wird er mit einer Rente von etwa 500 Euro auskommen müssen. Viele sind unter der Anspannung zugrunde gegangen. Es gibt Suizid-Fälle.

Wie kann Wiedergutmachung aussehen?

Wir verlangen Aufarbeitung. Nichts darf in Vergessenheit geraten, es darf nie wieder passieren. Wir erwarten eine förmliche Entschuldigung – und daß festgestellt wird: Es war grobes Unrecht, nicht nur uns gegenüber, sondern zum Schaden der Demokratie und der gesamten linken Bewegung. Wir wollen gesellschaftlich rehabilitiert werden.

Den Artikel finden Sie unter: <http://www.jungewelt.de/2014/06-02/047.php>

(c) Junge Welt 2014

<http://www.jungewelt.de>

<http://www.jungewelt.de/2014/06-02/047.php?sstr=Berufsverbot>